

Extra-Bus für Grundschüler kommt - Wasserverband bleibt Thema für Gremien

Streit um Tag der Vereine - viele schnelle Beschlüsse im Rat

Neustadt (os). Die meisten Entscheidungen in der Ratssitzung am Donnerstag waren eher Formsache und wurden ohne weitere Diskussion und zumeist einstimmig verabschiedet. Bei einigen Themen gab es dann aber doch Redebeiträge - und zum Teil verhärtete Fronten.

Bei drei Enthaltungen - von FDP und UWG-Ratsherr Günter Hahn - beschloss der Rat die Einrichtung einer zusätzlichen Busverbindung für Erst- und Zweitklässler, die ab kommender Woche in Mandelsloh statt in Helstorf unterrichtet werden. Dadurch müssen die Kinder nach Unterrichtschluss keine 35 Minuten auf den regulären Bus warten. Für das kommende Schuljahr wird das 14.800 Euro kosten, die Mittel werden aber nicht extra fällig, weil im vergangenen Schuljahr der „Schwimm-Bus“ kaum genutzt wurde. Laut Bürgermeister Herbst wäre ohne das Zusatzangebot eine weitere Aufsichtskraft erforderlich, deren Bezahlung voll auf Stadtkosten ginge. Ute Bertram-Kühn (FDP) hatte zuvor nach Ausweichmöglichkeiten für die Vollsperrung während des Radwegbaus im Frühjahr gefragt, ebenso nach Hochwasser-Alternativen. Allgemeine Kritik am Wechsel der jüngsten Grundschüler nach Mandelsloh quitierte Dominic Herbst mit einer klaren Aussage: „Die Regionale Landesbehörde für Schule und Bildung hatte die Nase voll, dass es der Rat jahrelang nicht geschafft hat, eine Standortentscheidung zu treffen.“ Das sei jetzt keine schöne Situation für die Menschen in Helstorf und Mandelsloh, aber auch nicht für die Mitarbeiter der Verwaltung, die nun die kurzfristige Umsetzung schaffen müssten. CDU-Sprecher Björn Niemeyer konterte, seine Fraktion sei 2016 mit der Aussage gestartet, alle Grundschulen erhalten zu wollen und habe sich daran auch gehalten. Manfred Lindenmann (Grüne) nannte den Extra-Bus unter vielen schlechten Entscheidungen noch die beste.

Uneinigkeit bestand auch über die Frage, ob sich der Rat mit dem Antrag der Mehrheit aus CDU, Grünen und UWG befassen soll, die Rechtsposition der Stadt gegenüber dem Wasserverband gutachterlich zu prüfen (wir berichteten). SPD-Ratsherr Josef Ehlert, selbst Mitglied im Verbandsausschuss, bemängelte ein nicht erkennbares Ziel des Antrags, der Kostenaufwand von 50.000 Euro für das Gutachten sei nicht vertretbar. Bei sieben Gegenstimmen der Sozialdemokraten geht der Antrag nun aber doch in die Gremien.

Zwei Sitzungsunterbrechungen mit Fraktions-Beratungen brachten keine Einigung zum Thema „Tag der Vereine“. Ein SPD-Antrag forderte dafür ursprünglich einen Euro je Einwohner für Aktionen im ganzen Stadtgebiet. Zu Beginn der Diskussion hatte sich der Bürgermeister für die Verwaltung bei der SPD entschuldigt, weil unter Verweis auf ein falsches Datum die Durchführung schon zeitlich für unmöglich erklärt worden war. Die Empfehlung zur grundsätzlichen Ablehnung des Antrags hielt er jedoch aufrecht. Die Mehrheitsgruppe konnte sich mit dem „Gießkannen-Prinzip“ ebenfalls nicht anfreunden und hatte laut Willi Ostermann (UWG) schon im Verwaltungsausschuss eine „interfraktionelle Überarbeitung“ angeregt. „Auf uns ist da niemand zugekommen“, konterte SPD-Fraktionschef Harald Baumann. Der Bitte um Rücknahme des Antrags, die Björn Niemeyer nach einer Beratung vortrug, mochten sich die Genossen nicht anschließen. So stimmten sie letztlich allein dafür, alle anderen dagegen. Selbst eine geänderte Version brachte nur drei Enthaltungen der Grünen als „Verbesserung“.

Die Weiterentwicklung der Hans-Böckler-Schule passierte den Rat einstimmig. CDU-Sprecher Björn Niemeyer nannte das Konzept (wir berichteten) „wegweisend“ und mit Blick auf steigende Schülerzahlen unumgänglich, Grünen-Fraktionschef Manfred Lindenmann mahnte jedoch eine Übersicht der Schul-Projekte durch die Verwaltung an, um nicht den Überblick zu verlieren. Ute Lamla (Grüne) mahnte, die Kalkulation lasse die Klimafolgen eines möglichen Abrisses der bestehenden Gebäude außer Acht.

Das Gehalt der Stadtmitarbeiter soll ab dem kommenden Jahr von der Region angewiesen werden. Der Rat beschloss die Entgeltabrechnung für zunächst zwei Jahre durch die übergeordnete Behörde. Dadurch müsste ein im Februar in den Ruhestand wechselnder Beamter nicht ersetzt werden. Der Bürgermeister hatte sich vorab bei Amtskollegen aus Kommunen erkundigt, die diesen Service der Region bereits nutzen - und nach eigenen Angaben „durchweg positive Erfahrungen“ gespiegelt bekommen. Eigene Bewertungen werden abgewartet.